

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

25.1.1924 (No. 21)

Badischer Beobachter

Bezugpreis (freibleibend) 18.—31. Januar durch Träger 1.40 M. (bei der Abholstelle in Karlsruhe 1.30 M.) wöchentlich 42. Einzelnummern 12 Pf. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf dem Monatschluß erfolgen

Anzeigengrundpreis: 1 Spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklameteil 25 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zügiger Betreibung und bei Konturs wegfällt. Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Alt.-Gef. „Badenia“ (Wilhelm Johner, Direktor). Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familienklub“ / Hauptredaktion: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. H. A. Berger; für den Anzeigen und Reklame: Josef Ellenbach, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Die deutsch-englischen Verhandlungen über die 26prozentige Reparationsabgabe sind vorläufig geendet. Der Miller-Prozess beginnt am 18. Februar in München. Poincaré und Barthou empfingen gestern Dr. Schacht. In der Pfalz ist von Franzosen und Separatisten Heil- und Telephonkontrolle eingeführt. Dr. Benisch ist von London in Paris eingetroffen. Macdonald denkt an eine Rettung Europas durch Vermittlung des Völkerbundes und hat mit Poincaré deswegen Fühlung genommen. Die Franzosen haben im letzten Gebiet eine weitverzweigte kommunistische antimilitärische Verschwörung entdeckt. Die Pariser Regierung hat beschlossen, militärische Telegramme nicht mehr zuzulassen, um zu prüfen, ob der Inhalt der Telegramme sich auf die Spekulation gegen den Franken bezieht.

Die englische Arbeiterregierung

Unter der Führung Ramsay Macdonalds ist nunmehr zum Schreiten mancher Leute innerhalb und außerhalb Englands die Rede geworden und damit etwas geheißen, was in dem England, in dem seit Jahrhunderten die Konservativen und Liberalen die Toga und die Blöße einander in der Regierung abließen, unerhört ist. Ein Teil der Konservativen ist darüber untröstlich und macht den Liberalen die schwersten Vorwürfe, weil sie es nicht verstanden, daß die Regierungsbildung der Arbeiterpartei übertragen worden mußte. Es ist offenbar zunächst nur der Kern, der diese Konservativen dazu veranlaßt, den Liberalen anzuulldigen, daß sie sich selbst damit für immer aus der Regierung ausgeschlossen haben. Das ist indes noch nicht alles; denn es kommt sehr darauf an, wie sich die Arbeiterregierung mit der schwierigen Aufgabe, die ihr zugewiesen ist, auseinandersetzt. Ist sie leicht und hat sie Glück, dann kann es allerdings sein, daß sie mehr und mehr an die Stelle der bisherigen liberalen Partei tritt. Und Macdonald, der Ministerpräsident, ist ein besonnen Mann, der sich der Schwierigkeiten, die einer Arbeiterregierung gegenüber als Hindernis drohen, sehr wohl bewußt ist und daher mit Ruhe und Überlegung aus Werk geht.

Macdonald selber ist kein Radikaler, der mit dem Kopf durch die Wand will. Er kennt die englische Tradition und wird sie, soweit als möglich, beachten. Es ist schon oft gesagt worden, daß die englische Arbeiterpartei nicht marxistisch ist; vor allem ist sie nicht materialistisch eingestellt, wie die deutsche Sozialdemokratie. Die englischen Verhältnisse sind überaus nicht mit den deutschen zu vergleichen. Man hat vor allem keine Klassenkampfparteien, sondern mehr Programmparteien. Mit anderen Worten: die englischen Parteien kennen bloß politische und wirtschaftliche Programme, auf die sie sich verpflichten, während sie z. B. in kulturellen Fragen sich nicht binden. Daher auch die Erklärung, daß sich Männer und Frauen nicht politisch, religiös-kirchlicher Überzeugung in allen Parteien finden. So ist u. a. bekannt, daß sich in der Arbeiterpartei auch eine Anzahl (etwa 12) überzeugte Katholiken befinden, wie überhaupt die Katholiken in England sich auf alle Parteien verteilen, weil hier noch die Notwendigkeit, eine politische Partei auf katholisch-weltanschauliche Grundlagen zu gründen, infolge der Toleranz der Parteien nicht vorliegt. Es ist deshalb auch bemerkenswert, wie das katholische Blatt „The Tablet“ am 12. Januar eine eventuelle Arbeiterregierung in England beurteilt. Das Blatt schreibt, wie wir den R. Zürich, Nr. 17 entnehmen u. a.:

„So lange Mr. Ramsay Macdonald und seine Anhängen einen gerechten Gebrauch machen von der Macht, die durch Zufall in ihre Hände kam, solange haben sie Anrecht auf die Mißbilligung der anderen Parteien. Im Paragrafen sowohl wie außerhalb, als zur Fortführung der künftigen Regierung nötig ist bis zu dem Tage, wo dem Lande neue allgemeine Wahlen zugemutet werden können... Wir glauben keinen Augenblick, daß Ramsay Macdonald verstanden wird, nach russischem Muster ökonomische und soziale Neuerungen durchzuführen, die nur einem Vierel der Wählererschaft erwünscht wären. Zuversichtlich erwarten wir von ihm gütigender Reife vor dem Thron, Gerechtigkeit für katholische Schulen, Vertragstreue, ein herzliches Verhalten zu unseren Verbänden, wachsame Landesverteidigung, Sinn für staatsliche Verantwortlichkeit. Die Labour Party in England ist ja glücklicherweise nicht ableigend, ja nicht einmal an Verfall in manchen anderen Ländern; sie zählt unter den landeseigenen Vorkämpfern viele tiefreligiöse Männer und auch echte Patrioten.“

Wenn Macdonald und seine Anhängen einen guten Eindruck auf das Land machen wollen, so werden sie, als ihre erste Aufgabe, unserer überwindlichen, ererbten Bürokratie mehr Einfachheit und Leben einzuhauchen. Mögen sie die Prophezei ihrer Gegner zu Füllbrücken machen, welche behaupten eine Arbeiterregierung werde und mehr Peinliche und weniger persönliche Arbeit bringen. „Labour“ bedeutet doch eigentlich Arbeit, harte Arbeit — und wenn die Arbeiterregierung leben von uns dazu fringt, daß wir, jeder auf seinem Posten, arbeiten wie wir nie zuvor gearbeitet haben, wird ihr Name so ehrenvoll dahinein, wie die Liberalen und konservativen Regierungen in ihren besten Zeiten. Wir hoffen sogar, eine Arbeiterpartei zu er-

leben, welche nicht sozialistisch ist. Es ist ein allgemein angenommener, oberflächlicher Trugschluß, daß Arbeiterpartei und Sozialismus zu unübersteiglicher Einheit gepaart seien... Die englischen Katholiken stehen demnach dieser Regierung durchaus vorurteilsfrei gegenüber und warten ihre Rollen ab, was man sich allgemein zum Vorbild nehmen könnte.

In Frankreich hält man sehr zurück mit dem Urteil; selbstverständlich hätte man dort eine konservative Regierung lieber gesehen, obwohl es auch mit dieser in ihrer Stellungnahme zu Frankreichs Politik nicht mehr klappen wollte. Sicher ist, daß die englische Politik, die sich überhaupt auf die Zurückdrängung des französischen Imperialismus einrichtet, unter der Arbeiterregierung Frankreich nicht in gleicher Weise entgegengenommen wird, wie die Regierung Baldwin, wenn auch Macdonald keine radikale Aenderung im Sinne hat; denn die englische Außenpolitik hütet sich vor Stimmungsaufregung und ist nach großen Linien dirigiert.

Die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse.

Dr. Schacht bei Poincaré. — Die Pariser Presse gegen Dr. Laehr.

Im Hotel „Astoria“ zu Paris haben die Sachverständigen auch gestern eine rege Tätigkeit entfaltet. Der 1. Ausschuss ist zu einer Besprechung über das deutsche Währungsproblem zusammengetreten. Heute früh verhandelt sich der Ausschuss aufs Neue. Er dürfte überhaupt bis zu seiner Abreise nach Berlin weitere Sitzungen abhalten. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses haben bereits zum großen Teil Paris verlassen, um in Berlin wieder zuzutreten. Auch Dr. Schacht ist gestern abend aus Paris abgereist. Am Nachmittag wurde er von Poincaré empfangen. Man berichtet in gut unterrichteten Kreisen, daß Poincaré durch eine Reihe präziser Fragen sein Interesse für das Projekt Dr. Schachts befestigt hat. Nach der Abendbesprechung hat Dr. Schacht die deutschen Finanzminister Dr. Luther hier verabschiedet. Luthers Worte lassen nach der Ansicht französischer Kreise auf einen Vorstoß Deutschlands gegen den Friedensvertrag schließen. Das würde im Widerspruch mit dem Geiste föderaler Zusammenarbeit, den die Sachverständigen zu verbreiten suchen.

Um die Goldnotenbank.

Eine Unterredung mit Dr. Schacht.

Paris, 21. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der heute nach Berlin zurückkehrt, hat einen heiligen deutschen Pressevertreter empfangen, um ihm einige Mitteilungen über seine Tätigkeit und seine Eindrücke in Paris zu machen. Schacht betont, daß die Angaben über sein Projekt, das sogenannte Goldnotenbankprojekt, das heute in Pariser Blättern aufleuchtet, nichts anderes seien als Auszüge aus einem von ihm veröffentlichten Zeitungsartikel und daß seine Angaben zum Teil überholt seien. Ein Projekt, wie das erwähnte, ändere sich naturgemäß im Laufe der Ereignisse. Im Wesentlichen ist das Goldnotenbankprojekt der Inhalt der Verhandlungen Schachts mit den Sachverständigenausschüssen gewesen. Dr. Schacht betonte, daß er seine Ansichten deutlich im Ausschuss ausgesprochen habe, daß sich dieser ihm aber nicht anschließen konnte, sondern zum Teil andere Ideen entwickelt habe. Sogar er nicht für alles, was beschlossen werden soll, verantwortlich gemacht werden könnte. Dr. Schacht erklärte ferner, daß er entgegen seiner in Deutschland verbreiteten Auffassung für die Gründung der Goldnotenbank keinen internationalen Kredit, der gleichbedeutend wäre mit einer politischen Aktion, in Anspruch nehmen, sondern daß er die Bank mit dem in Deutschland befindlichen Devisenbesitz gründen und ausländisches Kapital zur Beteiligung an Unternehmen zulassen werde. Das sei etwas ganz anderes und dieser Unterschied sei von Wichtigkeit. Die ausländischen Devisen in Deutschland hofft Dr. Schacht in Deutschland in höherem Maße nutzbar machen zu können.

Ueber die Frage der Finanzkontrolle äußerte sich Dr. Schacht ablehnend, daneben sei die Beteiligung von Ausländern und darunter Neutrale im Aufsichtsrat der Bank vorgesehen, damit die fremden Kapitalisten leben können, wie in Deutschland mit ihrem Kapital ungenutzt wird. Auch die Idee einer separatistischen Wirtschaftsgründung, wie die Rheinische Bank, lehnt Dr. Schacht als absurd ab. Schließlich erklärte Dr. Schacht, daß zwischen dem Goldnotenbankprojekt und dem Reparationsproblem ein innerer Zusammenhang bestehe. Ohne Schaffung einer Goldwährung könne es keinerlei Reparationszahlungen geben.

Die 26prozentige Reparationsabgabe.

Die Verhandlungen vorläufig geendet.

Die mündlichen Verhandlungen in London wegen der 26prozentigen Reparationsabgabe sind nach mehrwöchigen eingehenden Beratungen zwischen zwei Delegierten der deutschen Regierung und Vertretern der britischen Regierung für kurze Zeit vertagt worden. Die Erörterungen haben einwandfrei ergeben, daß die Regierung Baldwin auf Bar-Einnahmen aus dem German-Reparationsvertrag nicht verzichten wollte. Sie stützte sich dabei auf die Par- und Sachverständigenverpflichtungen, welche die deutschen Industriellen an der Ruhr Frankreich und Belgien gegenüber eingegangen sind und in denen eine spätere Erfüllung nach Ordnung der Finanzen durch die deutsche Regierung zugesichert worden ist. Gegenüber wurde darauf

hingewiesen, daß diese Leistungen unter dem Druck der Besetzung erzwungen seien und andererseits durch die Erziehung auf Reparationsfonds allen Alliierten, also auch England zugute kommen, während die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, Verpflichtungen einzugehen, welche über den Kreis des bestetzten Gebiets hinaus ganz Deutschland zu weiteren laufenden Reparationszahlungen verpflichten würden. Da die britische Regierung von ihrem Standpunkt nicht abgeht, Deutschland andererseits aber Barleistungen nicht anbieten konnte, ohne dabei eine neue Inflation herbeizuführen, und die Rentenmark zu gefährden, oder, wenn sie dem Handel direkt auferlegt würden, diesen zurunde zu richten, so sind die Verhandlungen vorläufig vertagt worden.

Der deutsche Vorschlag läuft darauf hinaus, daß gegen eine vorläufige Suspendierung dieser Reparationsabgabe der englischen Regierung hinsichtlich ihrer Ansprüche die alsbaldige Forderung durch die deutsche Regierung gemacht werden sollte, wie sie den Ruhrindustriellen gemacht worden ist, nämlich die Erhaltung nach Ordnung der deutschen Finanzen. Eine Einigung in dieser Richtung ist aber verbündet worden, weil England keinen Vorschlag annehmen wollte, der nicht sofortige Voreinnahmen sicherte. Die deutsche Regierung sieht sich ihrerseits aber auch mit Rücksicht auf die Verhandlung der übrigen Reparationsklausuren nicht imstande, Vorschläge zu machen, welche fortlaufende Zahlungen an England allein vorsehen. Die Angelegenheit wird nach Rücksprache mit den deutschen Wirtschaftskreisen weiter verfolgt werden.

Macdonalds Regierungsmethode.

Die Minister der englischen Arbeiterregierung haben gestern ihre Amtstätigkeit aufgenommen. Ueber die Kabinettsitzung ist amtlich verlautet worden, daß das Kabinett vorläufige Entscheidungen in einer ganz neuen Form einschließlich der der Arbeitslosigkeit und der Lage der Landwirtschaft getroffen und daß es gemäß seiner Beauftragung eine Kommission zur besonderen Prüfung dieser Fragen ins Leben gerufen hat. Einer der ersten Eindrücke, den die neue Regierung auf die Öffentlichkeit gemacht hat, ist der, daß sie fest entschlossen ist, an die sofortige Regelung aller Fragen heranzutreten, denen sie gegenübersteht.

In Kreisen, die dem Völkervertrag nahestehen, wird behauptet, Macdonald habe Lord Parmoor aufgefordert, die Vertretung Englands im Völkerbundrat anstelle von Lord Robert Cecil zu übernehmen, der diese Stellung als Mitglied der letzten Regierung bisher bekleidete. Parmoor ist einer der bekanntesten englischen Kirchenrechtler und hat in seinen Bemühungen um die Wiederherstellung Europas, vornehmlich als Mitglied des Hilfskomitees zur Bekämpfung der russischen Hungersnot aktiven Anteil genommen.

Französische Sorgen um Macdonald.

Die Verantwortlichkeit Ramsay Macdonalds steht seit gestern im Mittelpunkt des allgemeinen französischen Interesses. Londoner Berichte lassen in Paris deutlich den Eindruck aufkommen, daß der neue Premier unter dem Druck der Liberalen auf dem Gebiete der inneren Politik zu keinen großen Taten schreitet, sich aber dafür durch eine mächtige, nach Außen gerichtete Aktion schadlos halten wird. Dabei dürfte er auf die Unterstützung sämtlicher Parteien zählen. Die französische Presse verzeichnet diese Meldung und gibt im Hinblick der Befürchtung Ausdruck, daß die französisch-englischen Beziehungen in der nächsten Zeit eine noch nie dagewesene Spannung erfahren können.

Die neue Regierung in Griechenland.

Das Programm des Ministerpräsidenten Venizelos.

Athen, 25. Januar. Venizelos verließ gestern die Nationalversammlung sein Regierungsprogramm. Er erklärte darin, daß anstelle des Krieges innere Kämpfe getrieben seien, welche sich in zwei Fragen äußerten: nämlich die der Staatsform und die der Beibehaltung oder Abkehrung der gegenwärtigen Dynastie. Die Regierung habe im Hinblick auf alle Forschungen, deren sich die gegenwärtige Dynastie schuldig gemacht habe, den Glauben verloren, daß für Griechenland die Einrichtung des Königtums erhalten bleiben müsse. Sie wolle diese beiden Probleme mittels Plebiszits lösen.

lassen, unter Bedingungen, welche die Freiheit der Abstimmung verbürgen. Daneben werde die Haupttätigkeit der Nationalversammlung die Revision der Verfassung sein müssen. Venizelos agitierte weiter, die Regierung denke nicht daran, eine große Anzahl Gehehensurteile vorzugeben, sondern sie werde sich auf die Sicherung einer guten Verwaltung und einer gerechten Anwendung der Gesetze beschränken. Ferner werde sie die Armee wieder zu rein militärischen Aufgaben zurückführen. In ihrer auswärtigen Politik werde die Regierung die Friedensverträge loyal erfüllen. Sie werde der Wiederherstellung guter Beziehungen zu den ehemaligen Feinden, der Festigkeit des friedlichen Verhältnisses zum Königreich Serbien und zu allen alliierten Großmächten gleiche Priorität widmen. Traditionelle Freundschaften, wie z. B. Frankreich, sollen wieder aufgenommen werden. Die Regierung werde bestrebt sein, ein Verhältnis des Vertrauens zu den drei Großmächten am Mittelmeer zu schaffen.

(*)
Kriegsfrage im Staatsrat.
In der gestrigen Sitzung des Staatsrates wurde zunächst eine Reihe kleiner Beschlüsse erlassen. Auf eine Anfrage des Staatsrats über die Versorgung der Reichsbahn mit inländischer Kohle, hat der Staatsrat mit der Rückfrage beim Reichsminister für eine längere Antwort erwidert, in der festgestellt wurde, daß die Deckung des Kohlenbedarfs der deutschen Reichsbahn aus den deutschen Kohlenvorräten solange die Ruhrkohle nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehe, unmöglich ist. Die Eisenbahn hat einen Monatsbedarf von rund einer Million Tonnen. Der gegenwärtig in allen Eisenbahnorten, in denen die Eisenbahn verkehrt, beträgt 750 000 Tonnen und aus dieser Menge müssen außer der Eisenbahn noch der Hausbrand, die Gasanstalten und die Binnenschifffahrt versorgt werden. Es bleibt also erhebliche Restmengen, die durch Einfuhr gedeckt werden müssen. Der Staatsrat erklärte sich mit der Antwort einverstanden. Auf der Tagesordnung am Donnerstag stand die Grundbesitzreform.

Abbau im Reichsfinanzministerium.

Der Sparauschuss des Reichstags behandelt weiter die Abbaumaßnahmen und zwar im Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums. Vom Reichsbescheid des Ministeriums wurden vom 1. Oktober 1923 bis 31. Januar 1924 an Beamten 14 Prozent, an Angestellten 18 Prozent abgebaut. Beim Personal für die Pöste und Verbrauchsteuern betrug die Abbaufür im gleichen Zeitraum 11,19 Prozent, beim Personal für Post- und Verkehrssteuern 18,2 Prozent.
Im Verlaufe der Debatte erforderte der Ausschuss die Regierung, die Zahl der Finanzämter, Hauptzollämter und Zollämter zu verringern, deren Kassamessen möglichst zusammenzulegen und an den Grenzübergehungen durch Verteilung und Übertragung von Dienstposten zwischen Zoll-, Post- und Eisenbahnverwaltung Personalparcours herbeizuführen. Die Weiterberatung über den Abbau der Finanzverwaltung wurde vertagt.

Postminister Höbe in München.

München, 25. Jan. Reichspostminister Dr. Höbe nahm gestern Veranlassung, wegen der bevorstehenden Einbringung des Reichspostgesetzgebungsgesetzes die damit zusammenhängenden Fragen aus den Verhältnissen der früheren bayerischen Postverwaltung mit der bayerischen Regierung zu besprechen. An der Besprechung nahmen teil der Ministerpräsident, der Finanz- und Handelsminister und die Führer der Koalitionsparteien. Der Meinungsaustrausch ergab Übereinstimmung über die grundsätzlichen Fragen, namentlich über die an die Stelle der noch nicht gezeigten Abfindungsumme tretenden künftigen Rechte Bayerns.

Rückkehr des Offenburger Oberbürgermeisters.

Offenburg, 24. Jan. Die französische Besatzungsbehörde hat gestattet, daß Oberbürgermeister Holzer und Bürgermeister Dr. Bühler, deren Ausweisung um die Weihnachtzeit zurückgenommen wurde, nunmehr ihre früheren Dienstfunktionen wieder aufnehmen. Bürgermeister Dr. Bühler hat sich bestmöglich in politischen und Bürgermeister der Stadt Offenburg wählen lassen und wird nicht mehr nach Offenburg zurückkehren, die Stelle selbst wird auch nicht mehr besetzt werden, um dem Abbau Rechnung zu tragen. Dagegen wird Oberbürgermeister Holzer unmittelbar in Offenburg erwartet.

Lenins Überführung nach Moskau.

Moskau, 24. Jan. Unter ungeheurer Beteiligung aller Bevölkerungsteile wurde die Leiche Lenins nach Moskau überführt und in den Krematorium des ehemaligen Reichsaufseher, dem jetzigen Gewerkschaftsleiter, aufgebahrt.
Die Chefs aller diplomatischen Missionen verständigten sich gestern mit dem deutschen Botschafter unter dem Vorsitz des Grafen Brockdorff-Rantzau, der auf Wunsch der russischen Regierung die Verbindung mit den diplomatischen Kurs übernommen hat, über die Form der Beerdigung der auswärtigen Missionen an den Beerdigungsfestlichkeiten. Die Trauerfeier für Lenin findet am Samstag statt.

Die Tagung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei.

Das Zentrum und die besetzten Gebiete. Der Reichspostminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle, nimmt dann das Wort zu näheren Ausführungen über die Lage der besetzten Gebiete und die Politik der Zentrumsparlei ihnen und ihrer Wiedereingliederung gegenüber.

Er führt etwa aus: Die Verfassungsfrage kommt für die Zentrumsparlei absolut nicht in Frage. Entscheidend bleibt allerdings, ob wir die Mittel zur Verfügung haben, die Zuschüsse für die besetzten Gebiete weiter zu bezahlen.

Das Ziel der Politik der Reichsregierung und insbesondere der Zentrumsparlei des Reichstages hinsichtlich der besetzten Gebiete ist umschrieben der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Höfle mit folgenden Worten: Unter Einwirkung aller Kräfte, insbesondere auch der unbesetzten Gebiete, auf dem Boden des Rechts und ohne staats- und verwaltungsrechtliche Änderungen die wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und politischen Schwierigkeiten der besetzten Gebiete zu überwinden.

Der Reichsminister behandelt dann die Steuer- und Währungsfragen für das besetzte Gebiet. Wichtig ist es, dass es keine Erleichterung mit allem Nachdruck, dass alle geeigneten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zusammengebracht werden müssen in dem Augenblick, wo wir eine neue Währungs-Katastrophe haben würden. Der Reichsausschuss stimmt, wie die Verhandlungen nach dieser Neuerung zeigen, dieser Auffassung vollkommen zu. Wenn jetzt diese Katastrophe verhindert werden kann, dann würden wir damit rechnen können, dass möglichst bald die Zentralbank wieder in Kraft tritt, um ein für allemal die Währungsfrage zu stabilisieren.

Darüber geht das Erben der Reichsregierung. Die Rentenfrage ist nur eine Zwischenlösung. Das Ziel ist die Goldnotenbank. Für die besetzten Gebiete ist es sehr wichtig, die Währungsverhältnisse zu ordnen, wenn nicht die Rheinische Goldbank endgültig geschaffen wird. Das Entscheidende bei dieser Bank ist, dass für die Zukunft die Währungsstabilität des Deutschen Reiches garantiert bleibt. Die spätere Regelung der Währungsfrage der Rheinischen Bank ist der Goldnotenbank ein geschütztes Ziel.

Der Minister geht dann seiner Auffassung dahin aus, dass eine Lösung im besetzten Gebiet zur Vorkaufung habe, einen modus vivendi mit Frankreich zu finden. Wir müssen uns von allen Illusionen frei machen. Die Antworten der belgischen und französischen Regierung auf unsere Vorschläge bedeuten für uns eine schwere Enttäuschung. Aber der haben ist nicht abbrechen, insofern ist von einem neuem Wert der Angelegenheit in der Welt der Art auf unsere Angelegenheiten nicht einzulassen. Frankreich betrachtet diese Dinge sehr stark vom Standpunkt seiner Sicherheit. Die Reichsregierung kann keine Garantie dafür übernehmen, dass die Verhandlungen mit Frankreich zu einem praktischen Ergebnis führen. Wenn das nicht der Fall ist, so werden wir vor eine vollkommen neue Situation gestellt sein.

Die Sozialpolitik des Zentrums. Reichsarbeitsminister Dr. Trautmann gibt eine eingehende Darstellung über alle sein umfassendes Ministerium berührende Fragen. Die Aufforderungen, die die Ministerialräte, waren alle dazu angehen, die aufgeworfenen Fragen in der mündlichen Rede Weise zu klären. Das ist insbesondere von der Geschichte der Arbeitszeit-Verordnung. Sehr bemerkenswert waren die Erklärungen des Reichsarbeitsministers, dass wir schon jetzt eine Abnahme der Arbeitslosen-ziffern verzeichnen können. Es mehr der Abbau der Kosten- und der sonstigen Preise erfolgt, um so mehr können wir die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder aufnehmen, und auch die Produktion für den Inlandmarkt steigern und in denselben werden wir umfassen sein. Die Gewerkschaften wirken auf die Bekämpfung unserer Währung hin, dann können wir sagen, dass wir auch die Sozialversicherungsgesetzgebung haben. Was wir unbedingt der Arbeiterschaft erhalten müssen, sind die Tarifverträge und die bestehende Einigungs- und Schlichtungswesen.

Ansprache. In der über die Reichsregierung eröffneten Debatte behandelte der Abg. Hofmann-Ludwigsgarten zunächst die Verhältnisse in der Belgien, und er hat die Gelegenheit, dass im Verlauf der Erörterungen bestätigt wird, dass tatsächlich die Wähler „ganze Herde“ sind. Herr Hofmann-Ludwigsgarten wünscht als Vertreter des Augustiner-Vereins dringend, dass fünf in die Vertretung der Zentrumsparlei einbezogen werden, was das übrige auch bereits der Reichsausschuss zuvor schon getan hatte, früher als bisher gestattet wurde. Hofmann-Ludwigsgarten spricht unter dem Beifall

der Versammlung aus, dass es gerade den Vertretern des besetzten Gebietes große Freude bereite, feststellen zu können, dass unter dem Ministerium Marx endlich eine gerade Linie in der Politik gegenüber den besetzten Gebieten eingeschlagen worden sei.

Abg. Professor Lauscher befragt, dass die Ausführungen des Reichsausschusses für die besetzten Gebiete getragen seien von der Zustimmung der Zentrumsparlei und auch von der ganzen Zentrumsparlei. Es werde sich noch herausstellen, dass das Zentrum die Politik getrieben hat in den gefährdeten Gebieten, die allein die Wahrheit vaterländische sei. Ginge jet das Zentrum darüber, dass unter keinen Umständen, gleichwie die Zukunft sich gestalten möge, irgendwie gerüttelt werde an der Zugehörigkeit der Rheinlande zum deutschen Vaterlande. Es kann für uns keine Lösung geben, die ein Recht auf diese Zugehörigkeit verlangt. Von uns aus haben wir nicht den Wunsch, irgendwelche staats- oder verwaltungsrechtlichen Änderungen herbeizuführen, auch darüber sind wir alle einig. Auf diesem Boden steht das Zentrum die ganze Rheinische Zentrumsparlei. Auf der anderen Seite steht fest, dass die gegenwärtigen Zustände im Rheinland unerträglich sind und dass darnach getrachtet werden muss, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. Die dahingehende Politik der Reichsregierung wird von uns nicht nur gebilligt, sondern gebilligt.

Präsident Raas-Trier nimmt in gleicher Weise zu den Fragen des besetzten Gebietes besonders das Wort. Das Programm einer gründlichen Wahrung von Initiative und Vorrecht, das die Regierung gegenüber den besetzten Gebieten wahrnehmen, findet seine volle Wirkung. Reichsminister Dr. Trautmann befragt die Frage des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Deutschlands unter dem Gesichtspunkt der außerpolitischen Bedürfnisse, und er plädiert dafür, dass alle Angelegenheiten mehr, als das bisher der Fall war, unter solchen außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Der Abg. Lilla spricht insbesondere über die sozialen Notwendigkeiten unserer Partei und bemängelt viele Vorgänge bei der Durchführung des Beamtenabbaues. Dr. Fleischer kommt auf spezielle wirtschaftliche Fragen zu sprechen und gibt wertvolle Anregungen bezüglich der Förderung bestimmter wirtschaftlicher Belange für das Reich. In den weiteren Ausführungen ergreifen noch die Abgeordneten Guericke, Kerpeling-Vorgt und Präsident Dr. Schöfer und andere das Wort, und das Ergebnis dieser Erörterungen ist, dass niemand in der Zentrumsparlei daran denkt, sich rechts oder links zu orientieren, sondern dass die Zentrumsparlei, genau ihren alten Grundgedanken, eine Partei der Mitte sein und die den Willen und das Interesse der breiten Charakters als Mittelpartei zu wahren.

In diesem Punkte nimmt auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, der Abg. Lehrenbach, das Wort zu eindrucksvollen Ausführungen. Lehrenbach weist das Gerücht von der Rechts- oder Linksorientierung zurück. Was wäre aus dem deutschen Reich geworden, wenn nicht gerade wir nach dem Zusammenbruch geküsst hätten zu rufen, was noch zu retten war. Wir führen den Kampf gegen links ebenso wie gegen rechts. Wir sind die Vertreter der verfassungstreuen Mitte. Und wir werden das bleiben!

In der weiteren Debatte sprechen noch die Abgeordneten Noos, Gerold, Ehrhardt und Stenwald. Letzterer tritt für die Heranziehung auch derjenigen Kräfte zur Verantwortung heran, die bis jetzt absichtslos waren. Er wendet sich weiter dagegen, dass die Maßnahmen des deutschen Währungsprojektes fast ausschließlich von der politischen Seite her gesehen werden. Auch die Wirtschaft müsse an die Verantwortung gebunden werden, sonst erhielten die anti-sozialen Stimmungen das Übergewicht.

Damit vor die Aussprache über die Politik der Fraktion beendet.

Die Zentrumsparlei und die künftigen Reichstagswahlen. Die Verhandlungen des zweiten Tages erließen ihren Aufbruch durch ein ausgedehntes Referat des Präsidenten Dr. Schöfer, des Führers des badischen Zentrums, über das Thema: Die Zentrumsparlei und die künftigen Reichstagswahlen.

Die wichtigsten Voraussetzungen und die Notwendigkeiten um den Wahlkampf gruppieren der Redner, der die Versammlung im höchsten Maße zu fesseln wollte, um vier Punkte. Die erste und entscheidende ist: Welches ist unsere Aufgabe im Wahlkampf? Danach entscheidet sich die weiteren Fragen: Wie stellen wir uns auf, wo steht der Feind, wie gehen wir vor? Der Redner bezeichnet als Ziel des Wahlkampfes die

Wiederholung eines jeden Nationalismus, und damit die Herbeiführung einer breiten und starken Mitte. Dazu ist notwendig, dass wir auch diejenigen politischen Kräfte die jetzt noch im Rechts- oder Links-Nationalismus gebunden sind, frei machen können. Die spezielle Aufgabe der Partei besteht dann darin, eine starke, grundlegende, in sich geschlossene, leistungsfähige und zur aktivistischen Führung geeignete Zentrumsfraktion zu schaffen. Schöfer hat den stärksten Beifall der Versammlung, als er betont, dass aus unserem Schaffen und Erstreben für die Erreichung unserer Ziele eine echte christliche und patriotische Begeisterung herausfließen muss. Und das aus dieser Begeisterung erwächst der Wille zur Tat, der Wille zum Opfer, der Wille dabei zu sein. Wir können und dürfen uns weder rechts noch links anlehnen, sondern wir stehen auf dem Boden unserer Grundsätze als einer dem Ausgleich dienenden Mittelpartei. Maßgebend für unser Schaffen sind uns nur unsere großen Ideale. Das Gerücht von einem rechten oder linken „Zentrumsflügel“ wird unter einhelliger Zustimmung der Tagung der verdienten Baderlichkeit preisgegeben. In glänzender durchgearbeiteter Form gibt Schöfer instruktive Anregungen über die praktische Durchführung der Maßnahmen über unsere Stellung gegenüber uns selber, wie den anderen gegenüber. Insbesondere redet auch er einer engeren Führungsnahme der Zentrumsparlei mit der gesamten Partei und demgemäß einer stärkeren Vertiefung der Presse innerhalb der Partei anstehen des Wort. Der begeisterte Anruf Schöpfers im Sinne des Wundthorst, eines „Kueger, eines Wacker fand einen flüchtigen Widerhall.

Die praktischen Folgerungen aus den Ausführungen des Abg. Minister, der für seine Darlegungen großen Anerkennung fand. Auch hierin schloß sich eine sehr lebhaftes Diskussion, bei der neben den Abgeordneten auch die Vertreter aus dem Lande weitgehend zu Worte kamen.

Bei den Erörterungen wurden im weitesten Umfang die wichtigsten Landes- und vor allem Wirtschaftsverhältnisse berührt. Ueber die Stellung der Partei und der Fraktion zu den Angelegenheiten des Mittelstandes berichtete Abgeordneter Effer, zu den Fragen der allgemeinen Wirtschaft der Abgeordnete Kompe, über Frauenfragen sprach Frau Dr. Franzfeld. Der Abgeordnete Alkotte referierte über die Verhältnisse im Bauwesen und teilte mit, dass für die Verbesserung der Durchführung von der Fraktion ein überflüssiger Ausschuss eingesetzt sei. Abg. Minister sprach ferner über die im Lande unter den Beamten der Berufsgruppen 2 bis 6 existierende Bewegung und wie überzogen nach, insbesondere auch was die Forderung des von ihm an die Deutsche Post gerichteten Schreibern betrifft, daß er wieder den ihm vorgeworfenen Satz gesprochen habe, den die Deutsche Post brauche, noch für die vorhandene Erregung ein begründetes Aufschub vorliege.

In später Abendstunde sprach der Vorsitzende Stenwald das Schlusswort. Er forderte zur Mitarbeit aller bestföhrlichen Kräfte auf.

Präsident Dr. Schöfer sprach seine Freude und Genugtuung über den schönen Verlauf der Tagung aus, die einen Beweis für die Geschlossenheit der Zentrumsparlei gegeben habe. Er dankt besonders dem Reichsausschuss für die Durchführung der Tagung, die unter dem Vorsitz des Reichsausschusses in der Reichsregierung wurde noch folgenden Nachtrag ebenfalls einstimmig beschlossen:

Der Reichsausschuss der deutschen Zentrumsparlei verfolgt mit lebhaftem Interesse den gegenwärtigen Kampf, den unsere Volksgenossen in den besetzten Gebieten und die Wiederherstellung ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheit führen. Der Reichsausschuss hat zur Leitung der deutschen Zentrumsparlei und den Funktionen in Reich und Länder das Vertrauen, daß sie ihre ganze Kraft dafür einbringen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in der besetzten Gebieten zu einem geordneten Zustand zu führen.

Für den Wirtschaftskrieg. Durch den Krieg und durch den Verfall der Friedensverträge ist die deutsche Wirtschaft sehr geschwächt worden. Der große Mangel an Produkten und Lebensbedarfsartikeln aller Art ist nur auf dem Wege einer vermehrten Produktion zu beheben. Neben der Verbesserung der organischen und technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß eine erhöhte Arbeitsleistung treten. Der Reichsausschuss befragt, daß alle Arbeitnehmer, insbesondere die Arbeiter und nationale Arbeitsbeschäftigung, bereit sind, diese Lebensnotwendigkeit unseres Volkes Rechnung zu tragen.

Die Zentrumsparlei steht auf dem Boden der Arbeitseinsparung und verlangt daher die Lösung der Frage der Verteilung und der Lohnfestlegung auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung. Eine auf die Mehrarbeit ist auf die Dauer nur zu erreichen, wenn die Arbeiter und Arbeitnehmer sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit und eine ausreichende Entlohnung verständigen. Die Zentrumsparlei wird die Verteilung der Arbeit auch durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Reichsausschuss fordert daher die Zentrumsparlei, daß die Arbeiter und Arbeitnehmer auf in diesem Sinne weitest möglich zu sein. Die Gedanken der Arbeitseinsparung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

lichen Freiheit führen. Der Reichsausschuss hat zur Leitung der deutschen Zentrumsparlei und den Funktionen in Reich und Länder das Vertrauen, daß sie ihre ganze Kraft dafür einbringen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in der besetzten Gebieten zu einem geordneten Zustand zu führen.

Für den Wirtschaftskrieg. Durch den Krieg und durch den Verfall der Friedensverträge ist die deutsche Wirtschaft sehr geschwächt worden. Der große Mangel an Produkten und Lebensbedarfsartikeln aller Art ist nur auf dem Wege einer vermehrten Produktion zu beheben.

Die Zentrumsparlei steht auf dem Boden der Arbeitseinsparung und verlangt daher die Lösung der Frage der Verteilung und der Lohnfestlegung auf dem Wege der Verhandlung und der Verständigung.

Der Reichsausschuss fordert daher die Zentrumsparlei, daß die Arbeiter und Arbeitnehmer auf in diesem Sinne weitest möglich zu sein. Die Gedanken der Arbeitseinsparung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Nr. 21 Arbeit der Frauen in den besetzten Gebieten. Die Frauen in den besetzten Gebieten sind in der Lage, ihre Kräfte für die Produktion einzusetzen, was für die Wiedereingliederung der besetzten Gebieten von großer Wichtigkeit ist. Die Frauen in den besetzten Gebieten sind in der Lage, ihre Kräfte für die Produktion einzusetzen, was für die Wiedereingliederung der besetzten Gebieten von großer Wichtigkeit ist.

Sicherung der Lebensmittel. Die Sicherung der Lebensmittel ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Die Sicherung der Lebensmittel ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung. Die Sicherung der Lebensmittel ist eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

Die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft. Der Zentrumsparlei wird die Förderung unserer Wirtschaft.

